

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Kleinanzeigen die 22 mm breite Millimeterzeile mit 10 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Halle. Erhöht täglich 2 mal, Sonntags und Feiertagen 3 mal. Geschäftsleitung und Druck-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Braunhauer, 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Bleichstraße 35 und Markt 24. Postfach-Nummer Leipzig Nr. 4609.

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Bestellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden an allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungsgesetz sind unter **Coale-Zeitung** eingetragen. Für unregelmäßig eingegangene Abonnements wird keine Gewehr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. **Coale-Zeitung** gesetzl. Fern. Dr. Schrifteleitung Nr. 1141, der Anzeigen-Richtl. Nr. 1138 u. 740, der Bezugs-Richtl. Nr. 1139

Nr. 257.

Halle, Sonnabend, den 5. Juni 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Notwendigkeit der parlamentarischen Demokratie.

Die Reichsparteien fordern im Wahlkampf die Herrschaft des Tüchtigen statt des Gewinnungstüchtigen, der sich bei der Parteierfährtheit zur Staatseitung herandrängt. Mit der Parlamentarismus nicht geeignet, den wahrhaft Tüchtigen zur Herrschaft zu bringen? Die Parteien werden nicht beirret sein, wirklich geeignete Politiker ihrer Richtung für die Regierung zu präsentieren, da sie ja ihren Ruf als Partei auf Spiel setzen — und wenn wir in den letzten Jahren mit unseren Führern nicht ganz zufrieden waren, so lag es eben an unserer allgemeinen Art an Führernaturen, die wir der politischen Interessiertheit unter dem heuloholischen System verdanken. Wenn wir an die heutigen Staatslenker des alten Systems zurückdenken, die zwar nicht aus dem Parlament hervorgegangen waren, aber eben nicht in konventioneller Gewinung aus noch durch Konnexion und Zugehörigkeit zu einem feudalen Korps ihrer Einigung zu erweilen hatten, wissen wir, was wir von den billigen Wählerpredigten der Rechten zu halten haben. Der einzig Große des alten Regimes, Bismarck, war aus der parlamentarischen Laufbahn hervorgegangen.

Die Reichsparteien kämpfen gegen das parlamentarische System, obwohl sie wissen müssen, daß wir in Folge unseres Mangels an Demokratie im Krieg verloren haben. Denn im Grunde find ja darüber auch die Staatsmänner und Feldherren des alten Systems einig.

Rudendorff urteilt: „Der Weg, den unsere innere Entwicklung gegangen war, hatte nicht Raum zur Entfaltung von Persönlichkeiten geeigneter Männer des öffentlichen Lebens, gingen ihrem Beruf nach und hielten sich abseits ... Neue schöpferische Kräfte hatte unser politisches System nicht hervorgerufen. Es hat durch seine Unfruchtbarkeit sein Urteil gesprochen.“

Hefferich, der inzwischen Gewinnungstreue genug gezeigt hat, um demissionarier Kandidat zu werden, geht zu, daß im Krieg „das alte konstitutionelle Regime verlagert hat“. „Denn die inneren Seiten, die uns unter allen Umständen noch bevorzugen, waren nur von einer Regierung zu übernehmen, die durch die Herstellung eines neuen Verhältnisses zur Reichsregierung die parlamentarischen Schwierigkeiten und Reibungen nach Möglichkeit ausschaltete.“

Tippich sagt: „Es kommt eine geradezu erschreckende Unfähigkeit von fast allen Seiten zu Tage. Ich habe diese Unfähigkeit jetzt zwei Jahrzehnten miterlebt und gesehen, wie jedes Reitt für sich arbeitet, alles sich an „Jän“ hängt, dem man den Glauben beibringt, alles selbst zu machen, und von dem so große Vorteile ausgehen. Wagnis, und nun haben wir diesen lächerlichen Krieg und daselbst die Unfähigkeit und die Unfähigkeit, von Gesamtpunkten aus gesehen.“ Mit dem bisherigen Kasten- und Kriegerwesen ist es vorbei. Sieg oder Niederlage, wir bekommen die reine Demokratie.“

Und **Bethmann** soll weg meinet in seiner vorläufigen Weise: „Dabei will ich eines geben: eine parlamentarische Regierung hätte vielleicht an sich stärker sein können. Die Unrichtigkeit unserer politischen Zustände ist aus dem Klug geworden.“

Was war die Folge? **Rudendorff sagt:** „Aldo Goerke und Goercken verließen über die laudierenden Parlaments ihre Länder; es waren ihre Parlamente. Sie fanden sich nicht an der Spitze der gesamten Verwaltung, also Ausschusschefs.“ In Deutschland: „Der Regierungsapparat in Berlin machte einen ungemein schwerfälligen Eindruck. Die Ressorts arbeiten ohne jede gemeinsame Fühlungnahme zu sich nebeneinander her; die Linke hand wußte oft nicht was die rechte tat.“ Wir besaßen keinen gewählten Politiker, der sich auf das Parlament stützte, dem die Volksrechte vertraute, dem sich alle Ressorts und auch die Bevölkerung vertraute; an seiner Stelle übte bei uns der Kaiser die Zentralgewalt aus, der, je weniger er innerlich Krieger und Feldherr war, desto härter unter dem Bann derjenigen stand, die Soldateneid und Feldherrenamt kräftig verkörperten.“ (Hefferich.) So wurde in unserer Militärmonarchie die politische Leistung in die zweite Linie gedrängt und der politische Bestand kam zu kurz. **Craff Hertling** urteilte nach dem Bericht seines Sohnes: „Die Art Rudendorffs, auch die Politik durch die militärische Brille zu sehen, wobei nach kurzer Überlegung nur der Befehl als einzige Folge sich ergab, ließ den Anschauungen meines Vaters, für den Politik die Kunst des Wagnisses im Krieg, entscheiden zuwider.“

Der letzte Generalsquartiermeister im Krieg, **General Kraner**, glaubt, daß wir gescheitert wurden, weil bei uns „das politische Element nicht zur Geltung kam. So taumelten wir in den U-Bootkrieg, in den Krieg mit der ganzen Welt, in die Revolution hinein.“

Und trotzdem will man das alte System wiederherstellen?

Generalsstreik der deutschen Bankbeamten?

Zu dem unter dieser Überschrift in unserer Freitag Morgenausgabe gedruckten Artikel eines volkswirtschaftlichen Mitarbeiters aus Berlin erhalten wir aus den Kreisen hiesiger Bankstellen nachstehende Zuschrift:

Der in Nr. 255 Ihres Blattes unter der Überschrift „Generalsstreik der Bankbeamten?“ abgedruckte Artikel eines Ihrer volkswirtschaftlichen Mitarbeiter bedarf wegen der darin enthaltenen mangelhaften Unrichtigkeiten und der sich daraus ergebenden Beschlässe dringend des Erwiderung,

die wir auf das Wesentlichste beschränken möchten. Nachdem am 3. ds. Wts. zwischen den großen allgemeinen Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bankgewerbes eine volle Einigung erzielt worden ist, welche im übrigen in derselben Nummer der Zeitung bereits ebenfalls gemeldet wurde, wäre es im Interesse der Vereinigung der Allgemeinheit richtiger gewesen, wenn derartige alarmierende, durch die tatsächlichen Verhältnisse überhöhten Nachrichten unterbleiben ließe würden. Angelegenheiten davon treffen die Gründe, durch welche nach dem Inhalt des Artikels die Bankbeamtenstreik gezwungen sein sollte, das Mittel des Generalsstreikes anzuwenden, nicht zu. Die Darlegungen sind geeignet, in der Öffentlichkeit eine irrtümliche Auffassung über den Stand der ganzen Angelegenheit hervorzurufen. Es ist deshalb nur noch folgendes festzustellen:

Die Bankbeamten, die bei Gehaltsaufhebungen nicht vergessen worden“, mehr bisher noch kann man bei objektiver Beurteilung von der ab 1. Februar erfolgten Neuregelung behaupten, daß sie den augenblicklichen Luerungsverhältnissen nicht Rechnung trüge. In Halle z. B. fand Ende Juli v. J. mit Wirkung ab 1. Mai eine grundlegende Gehaltsaufhebung statt. Ihr folgten Ende vorigen Jahres die Gewährung von weiteren monatlichen Luerungszuschlägen: Alles das unter Zugrundelegung einer nur 7 künftigen Arbeitzeit, wobei die allgemein notwendig gewordenen erhebliche besonders begünstigte Überstundenarbeit außerdem beträchtliche Einnahmen brachte. Ab 1. Februar gibt für Halle eine Zulageerregung bis zur Vereinbarung eines Reidsstatutes, über den Verhandlungen am 15. ds. Wts. beginnen. Nach dieser Zwischenregelung besteht ein gelehrter Bankbeamter für einfache Arbeiten, der sein 20. Lebensjahr vollendet hat, ein Jahresentkommen von 8400 Mk., das bis auf 12900 Mk. steigt. Die Beamten, welche höhere Arbeiten leisten, (nicht Protokollisten) steigen bis zu 14400 Mk. an. Bankprotokollisten, die im allgemeinen keine kaufmännische Vorbildung besitzen, fangen mit 7500 Mk. an und steigen auf 11400 Mk. Das Jahresentkommen der Kassentoten beläuft sich im 21. Lebensjahr auf 6000 Mk. und steigt auf 10200 Mk.

Auf alle diese Sätze kommen für Beheretratee jährlich 1800 Mk. hinzu und für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahre 400 Mk. jährlich, so daß schon für einen verheirateten Durchschnittsbeamten (für einfache Arbeiten) mit 2 Kindern“ das Gesamteinkommen auf 15500 Mk. steigt.“

Das republikanische Heer.

Das verfassungstreue Bekenntnis des Chefs der Heeresleitung **General v. Seeck**, im Namen der ihm unterstellten Führer der Reichswehrmännchen, kommt zur rechten Zeit. Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen. Einmal deshalb, weil in weiten Schichten der Bevölkerung die Furcht wachgerufen worden ist, daß gemaltene U-Berordnungen nur rechts oder links anlässlich der Wahlen oder nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses zu gewärtigen seien. Die Erklärung **General Seecks**, der beschworenen Verfassung entschlossene Treue zu halten, wirt gegenüber der noch immer ungeklärten innerpolitischen Lage wie eine besorgende Tat. Man hat das unbedingte Gefühl, daß die hohen militärischen Stellen, die die Mannschaft selbst in der Hand haben, den christlichen Willen gegen, zu ihrem Teil alles dazu beizutragen, um einen die Anbahnung einer Geländung unseres staatlichen Lebens, welches Ergebnis die Wahlen auch haben mögen, und welche verfassungsrechtlichen Folgen es für denselben ergeben mögen, gesicherten Willen entgegenzutreten. Zweitens aber ist das republikanische Treuebekenntnis augenblicklich gerade deshalb von Wert, weil damit einer unvernünftigen Agitation die von instabiler Seite gegen die Verlässlichkeit der Offiziersreihe und von dem entgegengelehrtet Vor gegen die Regierung geführt wird, der man vorwärts, aus Gefäßigkeit gegen die extremgerichteten Arbeiterefreie die militärischen Einrichtungen des Staates durch eine übertriebene Demokratisierung zu unterhöhlen. Die wichtigen Erklärungen der Militärs vom 3. Juni werden voraussichtlich, wenn die Putschisten von rechts und links nicht von allen guten Geistern verlassen sind, eine vorübergehende Wirkung auf die politischen Verhältnisse ausüben. Es ist besonders zu begrüßen, daß die Kumbgebung zu einer Zeit stattgefunden hat, wo die Stellung und das Verhalten der Regierung von dem Ausfall der Wahlen abhängen, die auf Jahre hinaus das öffentliche Leben des Reiches beeinflussen werden. Das Bekenntnis zur republikanischen Verfassung, dem Grundstein des neuen Deutschlands, gibt die Gewähr, daß Republik und Demokratie trotz aller Mangelhaftigkeiten, die zusehendem Maße in der Erscheinungen flucht bleiben werden. Damit ist ein politisches Attribut geschaffen worden, das sich als wertvoller rechtlicher Faktor in die staatliche Bilanz wird einfließen lassen. Besonders bemerkenswert ist in dem Entwurf des Generals von Seeck auf die Anträge der Reichswehrmännchen, der leise abnehmenden die demnächstigen Anbahnungen der Wehrhe des Offizierskorps hinweis, die Stelle, wo der General von dem Willen sprach, dem neuen Heere die alte soldatische Schule einzuimpfen. Das ist in der Tat eine feine und vornehme Auslegung der ministeriellen Ermahnung, die eingeleitete Anbahnung einer vergangenen Zeit, nicht in Gewinnungsmittel gegenüber politisch Andersdenkenden ausarten zu lassen. Die politische Glaubensfreiheit darf seinem Mann und seinem Offizier verläumert werden. Der politische Glaube ist Privatfache und hat im militärischen Leben keine Stelle. Auch im neuen republikanischen Heere ist Disziplin alles. Wenn die Anhänglichkeit der militärischen Führer an das alte Deutschland sich lediglich darin äußert, daß sie eine starke Hand die Sicherheit des Landes gewahrt zu wissen, so wäre mit einer Herabnahme der von den preußischen Königen geschaffen und bewährten, unbedingten Mannesucht in die neue Zeit — freilich, mit einer modernen, sinnigen Korrektur — der Anbahnungswelt der Offiziersreihe Genüge geschehen. Ob damit allerdings in der lebenden

Offiziersgeneration diese Anhänglichkeit an die autoritäre Verfassungswelt erloscht ist, erscheint sehr fraglich. Und zwar um so mehr, als die tümmerlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen die Mehrheit der entlassenen Offiziere leben, das lebendige Gefühl für die besten Zeiten der früheren Epoche noch heftiger. Reichswehrmännchen selber besonte demgemäß, daß das bestehende Heer mittelbar für ihre entlassenen Kameraden Sorge tragen müsse. Denn nur dadurch, daß es sich anbehalten auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellt, ist es möglich, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten, die erforderlich sind, um unsere wirtschaftliche Lage zu bessern, und in Spa zu Verbanlungen zu kommen, die über die Stärke unseres Heeres und damit über die Verwendung leider heute noch knaßgliederer wertvoller Kräfte innerhalb des alten Offizierskorps entscheiden soll.

Das neue Arbeitsrecht.

Die soziale Reform ruht nicht. So ist die Erfüllung der Aufgabe, daß ein Entwurf zu einem neuen Arbeitsgesetz ausgearbeitet werden soll, nicht verzögert. Im Westen begriffen sind, dem „Bismarck“ zufolge, die Entwürfe einer Gliederungsordnung, eines Arbeitsvertragesgesetzes, eines Arbeitsnachsahgesetzes, eines Arbeitsvertragesgesetzes, eines Hausbesuchsgesetzes und eines Tarifvertragesgesetzes, sowie mehrere Sonderabstimmungen des allgemeinen Arbeitsvertragesgesetzes. In Aussicht genommen ist ferner ein Gesetz über Arbeitsverhältnisse. Was die speziell eingehenden Untersuchungen in dieser Angelegenheit vor sich gebracht haben, ist jetzt dem Gesamtzustand zur Nachprüfung und gutachtlichen Besprechung über die beabsichtigte spätere Eingeleberung der Einzelvorlagen in das Gesamtwerk des neuen Arbeitsrechts unterbreitet worden. An Umfang und Bedeutung kommt dieses sozialpolitische Reformwerk den einschneidendsten Gesetzesvorlagen gleich, die das Reichsparlament seit je beschäftigt haben, z. B. der Reichsverfassungsordnung. Und es ist ein Granderes dafür, welche hervorragende Rolle die soziale Reform unter den Aufgaben des neuen Reichstags spielen wird. Wie das kaiserliche Deutschland auf dem Gebiet der Arbeitsvergebung vorbildlich in der Welt gesehen ist, so dürfte auch das republikanische Deutschland seinen Ruhm darin leben und begründen, daß es den Welt vorangehen in Werten der inneren öffentlichen Wohlfahrt. Zu wünschen ist, daß über die fürzulege um die Interessen der Arbeiterschaft nicht der schmerzbringende Mittelstand vergessen wird. Zu seinen Gunsten ist bisher nicht viel geschehen, aber die bürgerlichen Parteien, nicht nur die demokratischen, werden darauf zu bringen haben, daß die Gesetzgebung nicht vorübergehend an der Aufgabe des Schutzes dieser unentbehrlichen Bevölkerungsschicht.

Die Wahlbewegung.

Bern, 3. Juni. Mit größter Aufmerksamkeit werden in der politisch interessierten Kreise der Schweiz die Vorbereitungen für die Reichstagswahlen am 5. Juni verfolgt, und mit lebhafter Spannung wird deren Ergebnis erwartet. Für die Schweiz als Nachbarstaat Deutschlands, ist es nicht gleichgültig, welchen Weg das Schicksal der neuen Republik beschreiten wird, und man hat allgemein die Überzeugung, daß es sich um eine Entscheidung von historischer Bedeutung nicht nur für das Deutsche Reich, sondern für ganz Europa handelt. Ein neues demokratisch regiertes Land wie die Schweiz, welche man die Schweiz der Demokratie am besten zu schätzen, und es beliebt mehr in der deutschen, noch in der schweizerischen Schweiz ein Zweifel darüber, daß Deutschland nur an einer lebensfähigen Demokratie, nicht aber an einer Diktatur genesen kann. Diese Meinung findet sich in allen wichtigen Organen der Presse zum Ausdruck gebracht mit dem weiteren Hinweis, daß auch für die künftige Stellung Deutschlands zur Entente der Ausfall der Wahlen von entscheidender Bedeutung sein wird. Eine deutsche Demokratie werde mit der Zeit auch ihren Einfluß auf den Militarismus in Frankreich geltend machen können, da sich das gesunde demokratische Prinzip schließlich überall durchsetzen müsse. Die Unmöglichkeit Frankreichs, die sich immer wieder Geltung zu verschaffen sucht, findet außer in der französischen Presse der Schweiz nirgend Billigung. Die „Baller Nachrichten“ schreiben kürzlich, für Frankreich gebe es nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder mit Deutschland zu einem vernünftigen Vergleich zu kommen oder den Krieg weiter anzufangen. Der vernünftige Vergleich soll in Spa gefunden werden, und es ist deshalb von großer Bedeutung, wie sich Deutschland nach den Wahlen in der Schweiz präsentieren wird. In einem Zusammenhang der demokratischen Verfassung will man hier nicht glauben, wenn man auch die Gefahr irgendwelcher Gemaltens von rechts oder links nicht für ganz platonisch hält. Aber noch immer hat das deutsche Volk so viel Kredit, daß die Wehrhaft der Stimmen für den Glauben an seine Wiederherstellung abgegeben wird. Gutes Genie hat in dieser Beziehung das Steigen des Marktzurückes, das — so berechtigt auch die Warnungen vor spekulativen Ausschreitungen sind — gerade von solchen Leuten, die ihren Nutzen aus der letzten Zeit gezogen, gegen die nationalen Angelegenheiten geltend gemacht wird. Ein solches könnte nur entstehen, wenn am 6. Juni die deutsche Demokratie zu Grabe getragen werden sollte.

Eine Erklärung des Abg. Friedberg.

Nr. 118 der „Nationalliberalen Korrespondenz“ enthält folgende Anfrage, die ich nachstehend beantwortet habe: „Die Demokratischen Parteien sind bekannt, daß sich die Deutsch-demokratische Partei kurz nach ihrem Entwerden am

eine sozialistische Bewegung in Berlin, zu deren Vorstand auch führende Männer der Scherwindele und die Mitglieder der Deutschen Volkspartei gehören, mit der Bitte um Unterstützung der Reichspartei zu unterstützen. ...

ihre Liquidation in wenigen Monaten beendet sein wird. Die Reichspartei für Gemüth und Volk wird am 1. Juni ihre gewöhnliche Tätigkeit wieder aufnehmen. ...

Militärpersonen, Beamtenvermehrung und Verhörende müssen nicht in Uniform sein, die Fahnen der verhörenden Militäre in gleichem oder höherem Range stehen. ...

Frankreich - Truppentransporte durch Deutschland? Paris, 3. Juni. Das Kaiserliche Reichsamt meldet, wie es lautet, aus einer ganz zuverlässigen Quelle: Ende letzter Woche hätten Vertreter der politischen Regierung in Paris einen Schritt zur Veranlassung einer Intervention Frankreichs im polnisch-russischen Kriege unternommen. ...

Wie die Rechtsparteien fälschen.

In einem großen Interat fordert die Deutsche Volkspartei fälschliche Angelegten auf, ihre Stimm zu wählen weil sie angeblich einen Herrn Otto Thiel auf der Reichsliste als Angelegten der Partei aufgeführt haben. ...

Ich habe die Versicherung des Herrn Dr. Stresemann mitgeteilt, und folgende Bemerkung dazu gemacht: Ich will mich nicht als Carlo dinstellen. Die Wahlen sollen viel Geld und ich glaube, ich würde zum Zweck der Wahlen auch dieses Geld angenommen haben, wenn es mir angeboten worden wäre. ...

Ich habe die Versicherung des Herrn Dr. Stresemann mitgeteilt, und folgende Bemerkung dazu gemacht: Ich will mich nicht als Carlo dinstellen. Die Wahlen sollen viel Geld und ich glaube, ich würde zum Zweck der Wahlen auch dieses Geld angenommen haben, wenn es mir angeboten worden wäre. ...

Ich habe die Versicherung des Herrn Dr. Stresemann mitgeteilt, und folgende Bemerkung dazu gemacht: Ich will mich nicht als Carlo dinstellen. Die Wahlen sollen viel Geld und ich glaube, ich würde zum Zweck der Wahlen auch dieses Geld angenommen haben, wenn es mir angeboten worden wäre. ...

Ich habe die Versicherung des Herrn Dr. Stresemann mitgeteilt, und folgende Bemerkung dazu gemacht: Ich will mich nicht als Carlo dinstellen. Die Wahlen sollen viel Geld und ich glaube, ich würde zum Zweck der Wahlen auch dieses Geld angenommen haben, wenn es mir angeboten worden wäre. ...

Angestellte! Hierdurch machen wir darauf aufmerksam, daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. u. V.) mit vielen anderen Angestelltenverbänden nicht zum Gesamtverband der deutschen Angestellten-Gewerkschaften gehört, ...

Deutschen demokratischen Partei

Des zur Richtigkeit! Verband deutscher Handlungsgehilfen. Kaufmännischer Verein von 1888. Verein der deutschen Kaufleute. Deutscher Angestellten-Bund. ...

Abg. Delius und die Posthilfskräfte.

In einer Verammlung der Postangelegten in Leipzig hat ein Redner scharfe Kritik an den Ausführungen des Abg. Delius geübt, die dieser bei Beratung der Post- und Fernsprechnetzverhältnisse im Hauptauschuß der Nationalversammlung gemacht hat. ...

Wählt Liste Delius!

Seiner Vernehmung hat ihre Tätigkeit mit dem 31. Mai eingestellt und wird bis zum 15. August gestellt aufgestellt sein, daß nur noch eine kleine Abwindungsmasse übrig sein wird. ...

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

WTB. Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Verordnung vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über den Abbau der Zwangswirtschaft werden bis zum 1. Juli aufgehoben sein der Kriegsausfluß für Kaffee, Tee und andere Erzeugnisse, ...

Erzwungene Größe.

Frankfurt a. M., 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die hohe internationalisierte Weinlandbrennerei hat den Wrt. 25 ihrer Verwaltungsverordnungen folgenlassen: Alle deutschen ...

Der eiserne See.

Berlin, 4. Juni. Ohne Kummel feiert Berlin. Andere Städte haben ihre Johrmärkte. Die Reichshauptstadt erhebt sich einer ganzen Reihe königlicher Kabaupläne. ...

Vergleichsparis hinweisen. überhaupt notwendig waren? Eine handfeste Notiz hätte schon genügt, um die Berliner Umformung auf die Seine zu bringen. ...

Der Zunaufmarsch war 7 Jahre lang schief. Nun ist er endlich geradgerichtet. Schon vor dem Kriege stand er im Mittelpunkt des Interesses. Durch alle Gassen pfliff das Bantelbier, ...

Der Strom der Gasse ergießt sich durch die Säulengänge. Ein großer Teil biegt gleich rechts ab und verschwindet im „Lunapark“. Eintritt 650 Mk. Garderobe 1.50 Mk. ...

Ein Privatbankrott in Amerika.

Frankfurt a. M., 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Laut „Frankfurter Zeitung“ hat die Stadt Frankfurt a. Main durch Vermittlung der Firma M. W. & S. ...

Ein Bankett zu Ehren der deutschen Nobelpreis-träger.

Stockholm, 4. Juni. Nach einer Meldung des „Svenska Telegrafbrannt“ gab der deutsche Gesandte in Stockholm, ...

Menschenbild schaffst aus dem Scherbenberg der Hölle. Es ist die Gebirgsbahn. Jede Fahrt 3.25 Mk. Mehr nicht? Eine Aufstufung auf dem eiserne See nebenan ist billiger. ...

Ob die großen, farbigen Motale, die an allen Vorkäufen seit vielen Tagen auf die bevorstehende Eröffnung des ...

Wenn es dunkel geworden ist, sammeln alle die tauben Menschen die grotesken Formen, der Rärm und das brauende Lachen zu einer stillen Symphonie auf. Sie nimmt dich völlig anfangen und hängt verführerische Schleier vor deine Seele. ...

